

## Zwangsarbeit und Ausländerbeschäftigung während des Zweiten Weltkriegs in Hechingen

Landeschützenbataillon heraus. *Die indirekte Arbeitsverweigerung durch Krankmeldungen bei den franz[ösischen] Kriegsgefangenen nimmt immer mehr zu*, klagte der Bürgermeister und verwies ausdrücklich auf den eigenen Forstwirtschaftsbetrieb. Die Stadt bat das Bataillon um *Abhilfe* und schlug die Nachuntersuchung kranker Kriegsgefangener durch einen deutschen Arzt oder das Gesundheitsamt vor. Die Kompanieführung in Balingen gab am 2. April grünes Licht: *Besteht Verdacht, daß sich Kriegsgefangene krank melden, um sich von der Arbeit zu drücken, so können sie jederzeit einen [sic] deutsch[hen] Arzt vorgeführt werden*, beantwortete das Landeschützenbataillon die Anfrage. In erster Linie komme für die Untersuchung ein Arzt des Gesundheitsamts in Frage, bei unberechtigten Krankmeldungen übernehme die Kompanie die Bestrafung des Gefangenen<sup>133</sup>.

Krankmeldungen blieben dennoch ein Problem. *Wegen unberechtigter Krankmeldung* wurde beispielsweise sowohl im Januar als auch im Februar 1943 jeweils ein Kriegsgefangener aktenkundig<sup>134</sup>. Sogar auf der Kreistagung des NS-Ärztbunds am 10. April 1943 in Balingen wurde das Problem besprochen. Gaugesundheitsführer Ministerialrat Professor Dr. Stähle aus Stuttgart legte dabei den Medizinern dar, dass der Missbrauch von *Sozialeinrichtungen* des Staates *auch bei unseren fremdvölkischen Arbeitskräften zu beobachten ist*<sup>135</sup>. Von *unangenehme[n] Erfahrungen mit ausländischen Arbeitern und Arbeiterinnen* berichtete auch der Kreishauptabteilungsleiter für Gesundheit, Dr. Kuttroff, am 9. Januar 1944 auf einer Schulungstagung der Deutschen Arbeitsfront in Ebingen, als er über Gesundheitsführung und Arbeitsschutz als *Mittel zur Leistungssteigerung* referierte<sup>136</sup>. Verhaltensmaßregeln und Vorschriften zur *Leistungssteigerung der Kriegsgefangenen* machte am 3. Dezember 1944 auch der Chef des Kriegsgefangenenwesens im Ersatzheer in einem Rundschreiben bekannt, das den Arbeitgebern in Hechingen gegen Quittung ausgehändigt wurde<sup>137</sup>.

Insgesamt klingt das Fazit eher resignativ, das über den Einsatz von Kriegsgefangenen gezogen wurde. Stadtwerksinspektor Johann Zierl fasste die Haltung in einer Eingabe an den Bürgermeister vom 6. Februar 1943 zusammen, in der er die Schwierigkeiten schilderte, die beim Entladen der Kohlenwagen im Bahnhof Friedrichstraße bewältigt werden mussten: *Wenn es sich ermöglichen liesse, wären mir die Stadttagelöhner lieber als die K. G. weil 2 Stadttagelöhner mehr leisten als 6 K. G.*, klagte er<sup>138</sup>.

133 Ebd.

134 Ebd. 3. Lohnabrechnungen 1940–1943.

135 Hz. Bl. Nr. 88/14.04.1943.

136 Ebd. Nr. 8/11.01.1944.

137 StadtAH, A200 Reg.-Nr. 4733, Kriegsgefangene/Ostarbeiter. 4. Lohnabrechnungen 1943–1945.

138 Ebd.